

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 06 86 846-48 ppbn d



## Inhalt

Dietrich Stobbe, Regierender Bürgermeister von Berlin, kündigt neue Impulse Berlins für die Deutschlandpolitik an.

Seite 1

Volker Hauff MdB, Bundesminister für Forschung und Technologie, erinnert an die Entdeckung der Kernspaltung vor 40 Jahren und an die damaligen Mahnungen von Otto Hahn.

Seite 2

Hans Koschnick, Stellv. Vorsitzender der SPD würdigt Leben und Werk des verstorbenen Kardinals Frings.

Seite 3

Dr. Renate Lepsius MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit- und Sozialordnung, begrüßt den besseren Sozialversicherungsschutz für geringfügig beschäftigte Frauen.

Seite 4

Basis Mathiopoulos, griechischer Korrespondent in Bonn, würdigt Willy Brandts Einsatz für die Emigranten und gegen die Diktaturen.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 242

16. Dezember 1978

Berlins Position ist sicherer geworden

Von Berlin werden neue Impulse für die Deutschlandpolitik ausgehen

Von Dietrich Stobbe  
Regierender Bürgermeister von Berlin

Mit dem ersten Berliner Passierscheinabkommen vor 15 Jahren wurde, wie wir heute alle wissen, am 17. Dezember zugleich das erste Kapitel einer neuen Deutschlandpolitik aufgeschlagen. Es entsprach der realen Lage in Deutschland, daß diese neue Politik in Berlin konzipiert und auch in Berlin zuerst realisiert wurde. Hier war der Ort, an dem das Scheitern der bis dahin verfolgten deutschlandpolitischen Vorstellungen mit dem Mauerbau den tiefsten Schock ausgelöst hatte.

Vom 20. Dezember 1963 bis 5. Januar 1964 wurde ein innerstädtischer Vorgang zum weltpolitischen Ereignis. Rund 730.000 West-Berliner ergriffen in diesen Tagen nach 28 Monaten des Wartens die Gelegenheit zu 1,2 Millionen Besuchen bei ihren Angehörigen in Ostberlin. Die ergreifenden Bilder hunderttausender Menschen, die stundenlang bei Regen und Kälte vor hastig eingerichteten Büros warteten, gingen um die Welt.

Es war ein mühsamer Anfang. Die konsequente Fortsetzung dieser Politik hat inzwischen mit zahlreichen Abkommen im Interesse Berlins dazu geführt, daß die Position Berlins im Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West in Europa sicherer ist als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt nach dem Krieg.

Vor 15 Jahren wurde in Berlin und von Berlin aus der Anfang gemacht. Es wird wieder Berlin sein, von wo neue Impulse und Anstöße für die Deutschlandpolitik ausgehen werden, wenn es darum geht, die Dynamik eines partiellen Interessenausgleiches zwischen Ost und West nicht versiegen zu lassen.

(-/18.12.1978/vo-he/hgs)

### Erinnerung an die Mahnungen von Otto Hahn

Zur Entdeckung der Uranspaltung vor 40 Jahren

Von Volker Hauff MdB  
Bundesminister für Forschung und Technologie

Im Jahre 1938, in der Zeit vom 17. bis 19. Dezember 1938, gelang Otto Hahn zusammen mit Fritz Strassmann und Lise Meitner der Nachweis der Spaltung des Urankerns durch Neutronenbeschuß. Als Auszeichnung für diese wissenschaftliche Leistung erhielt Otto Hahn 1945 den Nobelpreis für Chemie.

Otto Hahn wurde 1879 geboren, studierte Chemie, wurde 1910 Professor in Berlin, Direktor des Kaiser-Wilhelm-(später: Max-Planck)Instituts für Chemie und leitete von 1946 bis 1960 als Präsident die Max-Planck-Gesellschaft. Er starb 1968 fast 90jährig.

Sein Forschungsgebiet waren die radioaktiven Elemente; er entdeckte wichtige neue Glieder dieser Gruppe, analysierte ihren stufenweisen Zerfall und erkannte dessen Gesetzmäßigkeit. Die Entdeckung der Uranspaltung im Jahre 1938 hat die Möglichkeit für die technische Nutzung der Kernenergie geschaffen - in militärischer, wie in friedlicher Hinsicht. Schon wenige Jahre nach der Entdeckung der physikalischen Grundlagen explodierten die ersten Atombomben in Hiroshima und Nagasaki. Der erste Kernreaktor nahm 1943 seinen Betrieb auf.

Die Entdeckung Otto Hahns und sein Verhalten können heute für viele als Beispiel stehen: Für die unabsehbaren Chancen der Wissenschaft - für menscheitsbedrohende Risiken, für die Verantwortlichkeit des Wissenschaftlers, für die Folgen seines Tuns.

Otto Hahn, der sich an den Forschungen zur technischen Nutzung von Spaltungsenergie nicht mehr beteiligte, warnte vor dem Mißbrauch naturwissenschaftlicher Erkenntnisse, insbesondere vor der Anwendung von Atomwaffen. So stellte er sich 1957 hinter die Göttinger Erklärung gegen den Einsatz von Atomwaffen und gegen den Krieg als Mittel der Politik und warnte vor der Gefahr des Mißbrauchs der Kernenergie. Er schaute nicht die innenpolitische Auseinandersetzung, als er an den damaligen Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß die Forderung stellte, öffentlich zu erklären, daß die Bundesrepublik weder Atomwaffen herzustellen noch zu lagern gedenke.

Die Entdeckung der Kernspaltung hat aber auch neue und noch nicht annähernd ausgeschöpfte Möglichkeiten der Erschließung einer neuen Energiequelle, die friedliche Nutzung der Kernenergie, eröffnet. In einer Zeit, in der die Nachfrage nach Energie das Angebot mindestens an fossilen Energieträgern zu übersteigen droht, steht uns damit eine weitere Option zur zusätzlichen Diversifizierung der Energieversorgung zur Verfügung.

Die Sorge um den verantwortlichen Umgang mit der Kernenergie teilen wir mit Otto Hahn, der durch seine Grundlagenforschung die Voraussetzung dafür geschaffen hat. Die Politiker sind aufgerufen alles nur Denkbare zu tun, um die Chancen dieser Technologie zu erhalten, die Risiken zu minimieren und die noch offenen Fragen einer Lösung näherzubringen. Es kann sicher nicht schaden, wenn wir uns in diesen Tagen einmal über die aktuellen Bezüge hinaus Gedanken machen über die Entwicklungen, die seit den Versuchsreihen von Otto Hahn, Fritz Strassmann und Lise Meitner eingesetzt haben - auch wenn wir weder zurück, noch nach vorne ganz ohne Zorn blicken können.

(-/18.12.1978/vo-he/hgs)

## Die Kirche zum Dialog mit der modernen Gesellschaft befähigt

## Zum Tode von Josef Kardinal Frings

Von Hans Koschnick

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Im gesegneten Alter von 91 Jahren ist am Sonntag, 17. Dezember 1978, Josef Kardinal Frings gestorben. Obwohl er sein Bischofsamt bereits vor zehn Jahren niedergelegt hatte und in den letzten Jahren nur selten in der Öffentlichkeit erschien, ist die kraftvolle Persönlichkeit des früheren Kölner Erzbischofs noch in lebendiger Erinnerung.

Als Vorsitzender der Bischofskonferenz hat Kardinal Frings die Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidend geprägt. Das gilt ebenso für die innere Entwicklung des deutschen Katholizismus wie für die Rolle der Kirche in ihrem Verhältnis zu Staat und Gesellschaft.

Von nachhaltiger Bedeutung - weit über den Bereich der deutschen Kirche hinaus - ist sein Wirken für das Reformwerk des Zweiten Vatikanischen Konzils geworden. Daß er, der durchaus nicht im Rufe eines progressistischen Neuerers stand, der Wortführer der reformbereiten Kräfte des Konzils wurde, hat wesentlich dazu beigetragen, die konziliaren Erneuerungen zu ermöglichen. Kardinal Frings' Eintreten für die Erklärung der Kollegialität der Bischöfe neben dem Primat des Papstes war ein wichtiger Beitrag für das ökumenische Gespräch, das nach dem Konzil intensiv in Gang gekommen ist. Sein Engagement für die Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute hat dazu beigetragen, die katholische Kirche zum Dialog mit den pluralen Kräften der modernen Gesellschaft zu befähigen; seine Unterstützung für die Aussagen über die Gewissensfreiheit erleichterten im außerkatholischen Bereich die Bereitschaft, diesen Dialog aufzunehmen.

Die Bildung eines neuen deutschen Wortes, das mit dem Namen von Kardinal Frings verbunden ist, ist noch vielen von denen in Erinnerung, die bewußt die schweren Jahren nach 1945 erlebt hatten. Das, was damals mit "fringsen" gemeint war, war für viele eine große Hilfe. Willy Brandt hat in seinem Glückwunschsreiben anlässlich des 90. Geburtstags von Kardinal Frings hervorgehoben, daß dieses Wort eine ehrenvolle Erinnerung für einen wichtigen Beitrag darstellt, die Forderungen christlicher Ethik auf das konkrete Leben der Menschen in ihrer jeweiligen Zeit anzuwenden.

Die deutschen Sozialdemokraten werden Josef Kardinal Frings als einen Kirchenmann und Bürger, der sich stets von einer hohen sozialen Verantwortung leiten ließ, in respektvoller Erinnerung bewahren. (-/18.12.1978/ks/hgs)

+ + +

## Rente auch für Putzfrauen und Perlen

Besserer Sozialversicherungsschutz geringfügig beschäftigter Frauen ab 1979

Von Dr. Renate Lepsius MdB  
Mitglied des Arbeits- und Sozialausschusses des Deutschen Bundestages

Ärgerlich und vielfach Gegenstand parlamentarischer und politischer Überlegungen sind versicherungsfreie Arbeitsverhältnisse, die überwiegend von Frauen in Teilzeitarbeit verrichtet werden. Putzkolonnen in erster Linie, aber auch soziale Einrichtungen der Freien Wohlfahrtsverbände und viele kommunale Einrichtungen liegen kostengünstig von dieser Art "versicherungsfreier" Arbeit unter der sogenannten Geringfügigkeitsgrenze. Unsere Gesellschaft sähe vermutlich ganz anders aus, wenn sie auf diese von Frauen verrichtete Arbeit verzichten würde. Bleibt nach wie vor zu fragen, warum Milliardenbeträge der gesetzlichen Rentenversicherung und damit dem Rentenkonto der Frauen verlorengehen. Dies soll sich etwas ändern.

Mit Beginn des neuen Jahres wird jede unbefristete Beschäftigung von regelmäßig 15 Stunden pro Woche ohne Berücksichtigung der geltenden Geringfügigkeitsgrenze von 390 DM in der Rentenversicherung und Krankenversicherung versicherungspflichtig. Ausgenommen von dieser Neuregelung bleiben nur noch solche Beschäftigungen, die weniger als 15 Stunden in der Woche ausmachen und die Grenze von 390 DM nicht überschreiten.

Mit dieser Änderung aus dem 21. Renten Anpassungsgesetz soll für die betroffenen teilzeitarbeitenden Frauen eine bessere Alterssicherung durch Füllung von Versicherungslücken ermöglicht werden. Auch soll der zunehmenden Aufweichung regulärer Arbeitsverhältnisse durch versicherungsfreie Tätigkeiten, etwa bei Putzkolonnen, Reinigungsfirmen oder in der Sozialarbeit ein Riegel vorgeschoben werden.

Freilich werden wir genau beobachten müssen, ob nicht die Einengung versicherungsfreier Tätigkeiten in der betrieblichen Praxis zu einer Reduzierung der Arbeitsverträge auf unter 15 Stunden führt. Dann würde die Absicht des Gesetzgebers unterlaufen, den teilzeitarbeitenden Frauen nicht geholfen und die sozialen Probleme nicht gelöst. Ich fürchte, genau dies wird passieren. Dies wäre ein Grund für uns: Einen neuen Denkansatz im Zusammenhang mit der Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung zu suchen.

(-/18.12.1978/vs-hc/hqs)

### Ein Emigrant über einen Emigranten

-----  
Willy Brandt zum 65. Geburtstag

Diplomaten des Auslandes und innenpolitische Sachverständige, parteipolitische Freunde und politische Gegner mögen trefflich darüber streiten, auf welchen Feldern der Innen- oder Außenpolitik der Bundeskanzler Willy Brandt am meisten oder am wenigsten geleistet, am meisten oder am wenigsten erreicht hat. Einem ehemaligen Emigranten aber mag es erlaubt sein, den ehemaligen Emigranten Willy Brandt einmal anders zu würdigen.

Die Ära des Bundeskanzlers Willy Brandt war bestimmt von der großen Zielsetzung der Entspannung zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, sie bleibt geprägt aber auch vom Ende der letzten Diktaturen in Westeuropa: dem Ende der faschistischen Regime eines Franco und eines Salazar, brutale Relikte aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges, und dem Ende der grausamen Militärdiktatur des Georg Papadopoulos.

Willy Brandt hat früher als andere und konsequenter als viele andere erkannt; welche politischen Folgen die weitere Existenz der Diktaturen in Westeuropa haben mußte. Er war es, der seiner Partei die moralische und materielle Unterstützung der Familien verfolgter und verhafteter griechischer Demokraten genehmigte und wieder ans Herz legte.

Er wußte als Bundeskanzler und Parteiführer um die Hilfe, die die SPD spanischen, portugiesischen und später chilenischen Widerstandskämpfern gewährte, und unterstützte dies. Und diese Unterstützung konzentrierte sich keineswegs nur auf bestimmte, politisch besonders genehme Widerstandsorganisationen oder Personen, sondern auf alle, die für Freiheit und Demokratie kämpften und litten, denn - so Willy Brandt auf dem Parteitag in Hannover - "die Internationale der Verfolgten ist in der Welt immer noch enorm zahlreich".

Als Außenminister und später als Bundeskanzler empfing Willy Brandt die Führer des Widerstands im Exil, den Griechen Andreas Papandreu, den Spanier Felipe Gonzales oder den Portugiesen Mario Soares und forderte damit die Regime in Athen, Madrid oder Lissabon heraus. Mit seiner Genehmigung holte der damalige Minister im Kanzleramt, Horst Ehmke, Professor Mangakis aus Griechenland heraus - der deutsche Botschafter in Athen

